



17. Sitzung des Gemeinderates (2006 – 2010)

Datum, Zeit:	Montag, 1. September 2008
Ort:	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ
Vorsitz:	Andrea Kuhn-Senn, Ratspräsidentin
Anwesend:	36 Ratsmitglieder
Abwesend:	Kurt Berliat CVP Steven Sommer SVP Reto Steiner SVP
Protokoll:	Toni Spitale, Sekretär
Stimmzähler:	Jürg Zimmermann, Bereich rechts, FDP und Bürotisch Patric Crivelli, SVP Stefanie Huber, Bereich links
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 16. Sitzung des Gemeinderates vom 7. Juli 2008
3. Postulat Anton Keller (SVP) und 20 Mitunterzeichnende betreffend Parkplatzbewirtschaftung in Dübendorf / 3. Antwort des Stadtrates (Gesch. Nr. 227 / 2005)
4. Interpellation Andrea Kennel (SP) betreffend Antrag Spitex / Beantwortung (Gesch. Nr. 160 / 2008)
5. Interpellation Stefanie Huber (GEU) und zwei Mitunterzeichnende betreffend Integration in Dübendorf / Begründung (Gesch. Nr. 174 / 2008)
6. Motion Kurt Berliat (CVP) und zwei Mitunterzeichnende betreffend Ordnungsbussen für Littering / Begründung (Gesch. Nr. 178 / 2008)
7. Erste Fragestunde des Amtsjahres 2008 / 2009



8. 3 Bürgerrechtsgesuche

- 8.1 Mihajlovic Velimir und zwei Kinder, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft Wangenstrasse 38, Dübendorf (Gesch. Nr. 128 / 2007)
- 8.2 Nasufi Nuhi und drei Kinder, mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft Überlandstrasse 211, Dübendorf (Gesch. Nr. 129 / 2007)
- 8.3 Papic Fabijan, kroatischer Staatsangehöriger, wohnhaft Zürichstrasse 69, Dübendorf (Gesch. Nr. 130 / 2007)

Mitteilungen

- Austritte von Eliane Lutz und Anton Keller aus dem Gemeinderat

Nach zweieinhalbjähriger Amtszeit ist Eliane Lutz (EVP) per Ende August dem Gemeinderat ausgetreten. Ihre Nachfolge wird an der Stadtratssitzung vom 4. September bestimmt. Der Gemeinderat bedankt sich an dieser Stelle für die geleisteten Dienste und wünscht Eliane Lutz für die weitere berufliche Zukunft alles Gute.

Zum letzten Mal ist an der heutigen Ratssitzung auch Anton Keller (SVP) anwesend. Er wird Ende dieses Monats aus dem Gemeinderat zurücktreten. Seine Nachfolge wird ebenfalls an der Stadtratssitzung vom 4. September geregelt. Toni Keller wurde 1998 in den Gemeinderat gewählt und war nun seit genau zehn Jahren dabei. In den vergangenen zweieinhalb Jahren arbeitete er zudem in der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte mit. Die Ratspräsidentin überreicht dem scheidenden Mitglied als Dankeschön „1-Meter-Bier“.

- Akkreditierung von Elena Ibello, Anzeiger von Uster

Frau Elena Ibello, freie Journalistin beim Anzeiger von Uster, wird heute erstmals über die Verhandlungen berichten. Die Ratspräsidentin heisst Frau Ibello herzlich willkommen.

- Ratsausflug vom 19. September 2008

Jene Ratsmitglieder, welche sich angemeldet haben, erhalten in den nächsten Tagen eine Einladung zugeschickt.

- 1150 Jahre Hermikon / Vernissage Fotoausstellung

Alle Ratsmitglieder sind zur Vernissage am Montag, 15. September, um 19 Uhr im Stadthausfoyer, eingeladen. Es wird ein Apéro offeriert.

- Nächste Gemeinderatssitzung

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am Montag, 6. Oktober 2008 statt.



Persönliche Erklärung von Andrea Kennel (SP) zum Thema Fristen bei Einbürgerungen:

„Heute werden wir drei Einbürgerungsgesuche behandeln. Dazu eine kleine Quizfrage: Dürfen die Personen, die wir heute einbürgern bereits an der Abstimmung vom November teilnehmen oder bekommen sie den Schweizerpass als Weihnachtsgeschenk? Korrekt, es ist kein Weihnachtsgeschenk. Wir verschenken den Schweizerpass nicht. Also gilt die Antwort, dass sie an der Abstimmung vom November teilnehmen können. Aber Achtung: von welchem November reden wir? Sicher nicht von diesem November. Wenn alles rund läuft, können die frisch Eingebürgerten in zirka zehn bis zwölf Monaten den Pass beantragen. Wie komme ich nun darauf? Wir haben letzten November eine Familie eingebürgert, die ich kenne. Ich konnte das ganze Verfahren bis zur Abstimmung und auch danach daher verfolgen. Wir können davon ausgehen, dass andere Einbürgerungen nicht schneller, sondern eher noch langsamer sind. Die erwähnte Familie reichte ihr Gesuch im Mai 2006 ein. Dann dauerte es schon mal eine gewisse Zeit bis die Unterlagen von Zürich nach Dübendorf weitergegeben wurden. Im Mai 2007 war dann das Gespräch mit dem Stadtrat, im August mit der BRK. Der Gemeinderat war dann eineinhalb Jahre nach Einreichung des Gesuches an der Reihe. Und nun das Danach: Die Unterlagen mussten ergänzt und nach Zürich, und von dort nach Bern weitergeleitet werden. Der Entscheid in Bern fiel dann Anfang Juli, der in Zürich Mitte Juli und der in Dübendorf eine Woche später. Damit aber der Pass beantragt und abgestimmt werden darf, braucht es auch einen Schriftenempfangsschein. Dieser traf Ende letzter Woche nun auch ein. Ich heisse also die vor zehn Monaten eingebürgerte Familie endlich als Schweizerinnen und Schweizer willkommen. Mit meiner persönlichen Erklärung wollte ich Ihnen vor Augen führen, wie Fristen bei der Einbürgerung aussehen und dass diese nach unserer Entscheidung noch nicht so schnell umgesetzt sind. Ausländer dürfen bei uns nach zwölf Jahren ein Gesuch um Einbürgerung stellen. Bis sie dann aber Schweizer sind, vergehen normalerweise etwa 15 Jahre, was in Zukunft 18 Jahre bedeutet. Ich glaube, im Gemeinderat ist das den wenigsten bewusst.“

2. Protokoll der 16. Sitzung vom 7. Juli 2008

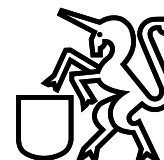
Gegen das erwähnte Protokoll ist von Andrea Kennel (SP) folgender Berichtigungsantrag eingegangen: Geschäft Nr. 126 / 2007, Seite 371, Streichung des Betrages von 3900.-- Franken. Die Berichtigung ist sowohl im Originalprotokoll als auch auf dem Internet bereits erfolgt. Ansonsten sind keine weiteren Berichtigungsanträge eingegangen.

3. Postulat Anton Keller (SVP) und 20 Mitunterzeichnende betreffend Parkplatzbewirtschaftung in Dübendorf / 3. Antwort des Stadtrates

Der Erstunterzeichner Anton Keller nimmt zur Antwort des Stadtrates vom 19. Juni 2008 Stellung:

„Wir haben die Antwort vom Stadtrat erhalten und ich möchte sie kurz zusammenfassen:

Forderung	Ergebnis
1. Gratis – Parkzeit: Erhöhung von heute ¼ Stunde auf mindestens 1 Stunde.	Erhöhung auf ½ Std., wobei die Gratisparkzeit zur bezahlten kumuliert wird, das heisst die 1. Stunde kostet nur noch Fr. 0.50 – Teilerfolg
2. Reduktion von bisher generell bis 21.00 Uhr Montag - Freitag bis 18.30 Uhr,	Mo – Sa generell bis 19.00h (ausser Adlerplatz und WBK) – Teilerfolg



Samstag bis 16.00 Uhr.	
3. Gebühren für Parkplätze: Reduktion von bisher max. Fr. 1.-- pro Stunde für PW auf generell Fr. 0.50 pro Stunde (ab der 2. Stunde), bis 8 Stunden. 1 Tag bleibt bei Fr. 5.--.	Im Zentrum bleibt es bei 1.--, auf Parkplätzen ausserhalb 0.50 – kleiner Teilerfolg
4. Gebührenfreie Parkplätze: Die öffentlichen Parkplätze beim Schwimmbad, Alterszentrum, Friedhof sowie bei allen Sportanlagen bleiben gebührenfrei.	Gemischt: weisse Zone mit 3 Std. Gratisparkzeit und bewirtschafteter Zone mit 0.50/Std. – kleiner Teilerfolg

Wer nun glaubt, ich sei begeistert vom Resultat, muss ich enttäuschen. Dass vor allem die Parkplätze bei den Sportanlagen, Schwimmbad, Friedhof, etc. nicht ganz von den Gebühren befreit werden, befriedigt mich natürlich nicht. Hingegen kann ich mit der neuen Ordnung im Zentrum (mit Ausnahme des Adlerparkplatzes) gut leben. Ich glaube auch, dass dies wirklich für alle Bewohner und Bewohnerinnen, welche nach wie vor gewillt sind, in Dübendorf einzukaufen und nicht automatisch in die umliegenden Einkaufszentren abwandern, eine Verbesserung darstellt. Das gleiche gilt natürlich für die Besucher der Restaurants und anderen Dienstleistungsbetrieben im Zentrum. Es wird sich noch herausstellen, wie die Bewirtschaftung auf den einzelnen Parkplätzen (nicht Zentrum) in der weissen Zone, welche individuell gestaltet werden kann, ausfällt. Sicher muss man hier auch in Zukunft die Augen offen halten. Dass jedoch die mindestens teilweise Erkenntnis des Stadtrates erst im dritten Anlauf und nur mit Unterstützung eines externen Planungsbüros zustande kam, welches nicht weniger als 63'000 Franken kostete, enttäuscht mich natürlich. Ich möchte allen Kollegen, die das Postulat unterstützt und zweimal zurückgewiesen haben, ganz herzlich danken. Dübendorf und seine Einwohner werden davon profitieren. Somit erkläre ich mich grundsätzlich mit der Antwort des Stadtrates einverstanden und halte nicht an einer Aufrechterhaltung des Postulates fest.“

Diskussion:

Thomas Maier (GEU) verlangt das Wort:

„Bereits zum vierten Mal behandeln wir heute in diesem Rat dieses Postulat. Was lange währt wird endlich gut? Die GEU kann dies leider nur bedingt sagen, ist aber klar dafür, das Postulat endlich abzuschreiben. Was ist in der Zwischenzeit geschehen? Der Stadtrat hat ein umfassendes Parkraumkonzept erarbeitet, welches das gesamte Stadtgebiet umfasst. Das Konzept ist breit abgestützt und wurde diversen Interessenvertretern (auch der GEU) zur Vernehmlassung / respektive Umfrage vorgelegt. Im Grundsatz begrüssen wir von der GEU es sehr, dass unsere uralte Forderung vom Dezember 2005 endlich umgesetzt wird. Mit einer flächendeckenden Bewirtschaftung können wir unsere „Aktivposten“ endlich aktiver und gewinnbringender bewirtschaften. Sei dies nun mit einer Liegenschaften-Strategie oder eben einer Parkplatzbewirtschaftung. Denn Parkplätze sind ein solcher „Aktivposten“. Es ist Land im Besitz der Stadt, also unser Besitz, und Menschen, in diesem Falle Autofahrerinnen und Autofahrer, die diesen benutzen wollen, bezahlen dafür (selbstverständlich). Wir begrüssen also dieses Konzept und unterstützten den Stadtrat. Leider hat der Stadtrat es aber verpasst wirklich konsequent vorzugehen – und hier liegt die Differenz zur Beurteilung des Postulanten. Das „Entgegenkommen“ des Stadtrates verstehen wir nämlich nicht in allen Punkten. Beispiel: Gratisparkzeit. Warum diese erhöht werden muss, sehen wir nicht ein. 15 Minuten genügen voll-kommen. Beispiel: Schwimmbad. Warum dort eine andere Regelung gelten soll als im Zentrum bei den Einkaufszentren sehen wir nicht ein. Ich bringe mein Beispiel gerne noch einmal: In die Badi kann man ohne irgendwelche Probleme von ganz Dübendorf aus locker zu Fuss oder mit Velo –



inklusive gesamter Familie (Ausnahme vielleicht Gockhausen). Mit der dreistündigen Gratiszeit und anschliessend nur 50 Rappen pro Stunde wird eine Lenkungswirkung für eine ökologische Anreise leider völlig verfehlt und die Anwohner werden an schönen Tagen weiterhin „zuparkiert“. Fazit: Mit dem vorliegenden Parkraumkonzept ist das Legislaturziel zur Bewirtschaftung unserer Aktivposten umgesetzt und eine alte Forderung der GEU erfüllt. Dafür danken wir dem Stadtrat. Das Problem Badi ist leider nicht gelöst und die GEU diesbezüglich nicht glücklich. Wir bitten Sie, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen und das Postulat abzuschreiben.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Für Antrag Stadtrat (Abschreibung): 34 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat: 0 Stimmen

Das Postulat Nr. 227 / 2005 wird somit abgeschrieben.

4. Interpellation Andrea Kennel (SP) betreffend „vereinheitlichte Spitex“ / Beantwortung

Die Interpellantin Andrea Kennel (SP) nimmt zur Antwort des Stadtrates vom 17. Juli 2008 Stellung:

„Zuerst zum Hintergrund: Im September 2004 erlitt die erste Vorlage Spitex Schiffbruch. Die Vorlage vom September 2005 war auch bei weitem nicht befriedigend. Vor allem der so genannte Businessplan wurde von allen Seiten in Frage gestellt. So hatten wir eine Vorlage, die bezüglich Zielsetzungen und Finanzplanung unklar war. Da war dann auch der Grund, dass der Gemeinderat den Punkt 3 in der Weisung ergänzte. Dieser lautet: *Für den weiteren Betrieb der Spitexdienste Dübendorf ab dem Jahr 2008 ist eine neue Gesamtvorlage mit einem jährlich wiederkehrenden Rahmenbetrag dem zuständigen Organ zur Bewilligung vorzulegen.* Die Formulierung *zuständiges Organ* wurde bewusst so gewählt. War doch im 2005 bereits bekannt, dass der NFA auf den Bereich Spitex Einfluss haben wird. So bestand im 2005 also ein ungenügender Businessplan für die Zeit bis Ende 2007. Für die Zeit danach war die Unsicherheit noch viel grösser. Diese Verunsicherung war ein weiterer Grund für den Zusatzantrag. Dabei war das Ziel nicht, eine neue Vorlage in den Gemeinderat zu bringen. Vielmehr wollte der Gemeinderat dafür sorgen, dass überhaupt eine Planung stattfindet und der Gemeinderat darüber auch informiert wird. Nur unter dieser Voraussetzung wurde das Geschäft verabschiedet. Nun zu meinen Fragen, die ich gestellt hatte: Ich wollte wissen, wann die Gesamtvorlage erarbeitet und beantragt wurde, welches Organ für einen Beschluss zuständig ist und wie beschlossen wurde. Die Antwort des Stadtrates ist ernüchternd. Zuerst zur Frage 2, deren Antwort ich auch vermutet hatte. Da die Ausgaben für die Spitex gebunden sind, ist die Sozialbehörde zuständig. Das ist klar und wird wohl von keiner Seite in Frage gestellt. Bei den Fragen 1 und 3 wird zugegeben, dass keine Gesamtvorlage erarbeitet wurde. Der Grund dafür liege darin, dass eben die Sozialbehörde für einen Beschluss zuständig sei. Weiter wird begründet, dass dem Parlament keine neue Vorlage vorgelegt werden muss. Dies sei auch mit dem Gemeindeamt abgeklärt worden. Lieber Stadtrat: der Gemeinderat verlangte im 2005 keine Vorlage, die dem Gemeinderat vorzulegen sei. Das Zentrale ist, dass überhaupt eine Gesamtvorlage erarbeitet wird, um diese dann dem zuständigen Organ vorzulegen. Konkret heisst das, dass die Sozialbehörde eine Gesamtvorlage erarbeiten und dann auch verabschieden soll. Das klingt etwas seltsam, dass die Behörde, die eine Vorlage erarbeitet, diese dann auch verabschieden soll. Wie gesagt, ist es aber wichtig, dass klar ist, wohin die Reise Spitex gehen soll. Auch wenn das die Sozialbehörde selber entscheiden darf, ist es wichtig, dass die inhaltlichen



Ziele und der Finanzplan transparent und auch für Gemeinderäte einsehbar sind. Das ist nun leider nicht der Fall. Statt seinen Aufgaben nachzukommen und einen klaren Auftrag zu erfüllen, hat der Stadtrat seine Zeit dafür genutzt, beim Gemeindeamt abzuklären, ob der Gemeinderat umgangen werden kann. Diese Frage war unnötig, da der Gemeinderat nicht den Entscheid aber mehr Transparenz will. Ich verstehe nicht, dass der Stadtrat einen so klar gestellten Auftrag des Gemeinderates einfach ignoriert. Wenn der Stadtrat seine Versprechen und Aufgaben gegenüber dem Gemeinderat und gegenüber der Bevölkerung weiterhin so salopp erfüllt oder eben nicht erfüllt, geht das Vertrauen unweigerlich verloren. Ich frage daher den Stadtrat an, ob er von sich aus bereit ist, eine Gesamtvorlage Spitex zu erarbeiten und bis wann diese kommuniziert wird.“

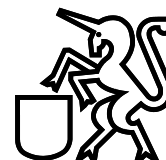
Sozialvorstand Kurt Spillmann nimmt zum Vorstoss nochmals Stellung:

Zuerst nimmt er zur Frage „Wann muss dem Parlament eine neue Vorlage vorgelegt werden?“ ausführlich Stellung. Diese Frage wurde mit dem Gemeindeamt, Abteilung Gemeinderecht, Frau lic. iur. C. Walser, seinerzeit geklärt. Mit Schreiben vom 25. August 2005 teilt das Gemeindeamt mit: *„Führt die Neuorganisation des Aufgabenbereiches dazu, dass sich der Aufwand auf Dauer nicht erhöht, sondern vermindert, so braucht kein Kredit für einen künftig jährlich wiederkehrenden erhöhten Gesamtbetrag bewilligt zu werden. Bewirkt die Neuorganisation des Aufgabenbereiches, dass nur für eine Übergangszeit von wenigen Jahren Mehrkosten anfallen, so können diese zeitlich begrenzten Mehrausgaben zusammengerechnet werden und als einmalige Ausgabe bewilligt werden“*. Genau dieses Vorgehen sei mit dem Kreditantrag im Sinne einer einmaligen Ausgabe gewählt und durch den Gemeinderat im September 2005 bewilligt worden, hält Spillmann fest.

Zudem wurde folgende Frage abgeklärt: „Wann muss dem Parlament eine neue Vorlage vorgelegt werden?“. Zitat Gemeindeamt: *„Da die Stadt damit rechnet, dass sich durch die Neuorganisation der Spitex-Dienste der anfallende Kostenaufwand nach einer Übergangszeit verringern wird, erachten wir das von Ihnen dargelegte Vorgehen einzig für die in den kostenintensiveren Übergangsjahren 2005-2007 anfallenden Mehrkosten einen Kredit für eine einmalige Ausgabe von Franken 420'000.— einzuholen, als sachgerecht und rechtmässig.“* Spillmann betont, dass dieser Kredit klar eingehalten worden sei. Vom bewilligten Kredit von 420'000 Franken seien bisher lediglich 233'000.— (55,47 Prozent) beansprucht worden

Weiter zitiert der Sozialvorstand aus dem Antrag des Stadtrates im GR-Geschäft 205 / 2005 zum Thema vereinheitlichte Spitex: *„Die effektive Entwicklung des Defizites der Spitex-Dienste ist künftig mit den Voranschlägen (ab 2006) und den Rechnungen (ab 2005) zu genehmigen beziehungsweise darzustellen. Allenfalls erhebliche negative Abweichungen sind im Rahmen der finanzrechtlichen Kompetenzen durch die zuständigen Organe zu beurteilen.“* Spillmann bemerkt, dass die Spitex-Posten in den Rechnungen und den Voranschlägen bis anhin anstandslos genehmigt worden seien. Für die Argumentation von Andrea Kennel habe er demzufolge kein Verständnis.

Abschliessend erklärt der Sozialvorstand, dass aufgrund der neuen kantonalen Richtlinien – ab 1. Januar 2008 in Kraft - mit Mehrkosten von rund 100'000 Franken zu rechnen sei. Der Kanton bestimme, was zu tun sei. Bezahlen müsse aber die Stadt. Neu müsse die Stadt an 365 Tagen im Jahr Spitex-Leistungen anbieten können, was unumgänglich zu einer Stellenaufstockung geführt habe.



Diskussion:

Gaby Gossweiler (FDP) meldet sich zu Wort:

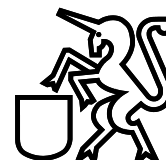
„Im Prinzip ist die Sachlage klar und kommuniziert – aber einmal mehr nicht auf korrektem Weg. Zur Sachlage: Mit der Umsetzung des NFA ist die Spitex-Subventionierung vom Bund auf die Kantone übergegangen. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat mit Bezug auf das revidierte Gesundheitsgesetz eine Spitexverordnung erlassen, die Auskunft gibt über das Mindestangebot an Spitexleistungen, damit kantonale Beiträge eingefordert werden können. Da die regierungsrätliche Verordnung die gesetzliche Grundlage für dieses Mindestangebot darstellt, sind deren Finanzierung für die Gemeinden als gebundene Ausgaben zu betrachten und unabdingbar für die Einforderung von kantonalen Subventionen. Im Gemeinderat können Spitex-Mehrausgaben - unter genauer Bezeichnung der zusätzlich gewünschten Mehrleistungen - anlässlich der Budgetdebatte gesteuert werden. Diese Tatsachen sind seit Herbst 2007 klar und die Spitexverordnung ist seit 1. Januar 2008 in Kraft mit einer Übergangszeit von einem Jahr. Dass diese neue Ausgangslage die im September 2005 vom GR gewünschte Gesamtvorlage nichtig macht ist klar, da der Rahmenbetrag durch die Spitexverordnung gegeben ist. Anlässlich der Diskussion um das Budget 2009 würde die Möglichkeit bestehen, Spitex-Ausbauwünsche ins Parlament einzubringen. Information des Parlamentes durch die zuständigen Gremien: Korrekterweise hätte die für die Spitex zuständige Behörde, die Sozialbehörde, bei der Kenntnisnahme der definitiven Spitexverordnung und deren Verbindlichkeit durch die Gesetzesgrundlage einen entsprechenden Beschluss zu Handen des Stadtrates formulieren und dieser hätte den Beschluss zur Kenntnisnahme ans Parlament weiterleiten müssen. Durch diesen Vorgang wäre eine korrekte und verbindliche Information erfolgt. Fazit: Informationen, wie die in der stadträtlichen Antwort vorliegen, sind eine Bringschuld der zuständigen Gremien und nicht eine Holschuld des Parlamentes. Durch das Unterlassen einer korrekten Information ist - wieder einmal - ein arbeitsbeschaffender parlamentarischer Vorstoss eingereicht worden, der personelle Ressourcen gebunden hat, die an anderen Orten enorm viel besser hätten eingesetzt werden können. In der Hoffnung, dass die zuständigen Gremien aus dem vorliegenden Fazit Lehren ziehen, bleibt mir noch eine Feststellung: In dem langandauernden und ständigen Gestärm rund um die Spitex geht Grundsätzliches vergessen: Wir haben eine sehr gut geführte Spitex mit engagierten Mitarbeitenden, die unsere Wertschätzung verdienen. Darum danke ich allen Spitexmitarbeitenden für ihre Leistungen zu Gunsten unserer Bevölkerung und Ihnen für die Aufmerksamkeit.“

Andrea Kennel (SP) nimmt zu den Ausführungen des Sozialvorstandes Stellung:

Der Sozialvorstand habe ihr nicht richtig zugehört. Er habe gross erklärt, warum keine Vorlage an den Gemeinderat nötig sei. Der Gemeinderat hingegen verlange eine Planung in Sachen Spitex und einen besseren Informationsfluss. Ihre Kritik gelte auch nicht dem Spitex-Personal, sondern dem Stadtrat, welcher Punkt 3 ihrer Interpellation nicht erfüllt habe, nämlich eine Vorlage für das zuständige Organ auszuarbeiten. „Ist der Stadtrat heute bereit, das von sich aus zu machen?“ Mit dieser Frage schliesst Andrea Kennel ihre Ausführungen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Das Geschäft Nr. 160 / 2008 ist somit erledigt.



5. Interpellation Stefanie Huber (GEU) und zwei Mitunterzeichnende betreffend Integration in Dübendorf

Die Erstunterzeichnerin Stefanie Huber (GEU) begründet den Vorstoss:

„Im Frühling 2008 habe ich eine schriftliche Anfrage zur Studie Arend eingereicht, welche unter anderem in Dübendorf verschiedene Faktoren zur Integration untersucht hat. Auch wenn die Studie mit Vorsicht zu interpretieren ist, hat sie aufgezeigt, dass in Dübendorf Potenzial für Verbesserungen besteht. Der Stadtrat erwähnt in der Antwort auf meine Anfrage denn auch ein Integrationskonzept, das in dieser Legislatur ausgearbeitet werden soll. Zusammen mit Patrick Angele und Stephan Schneider haben wir Gemeinsamkeiten in den Anliegen gesucht, die uns bei diesem Thema beschäftigen – wir haben sie gefunden und diese in einer Interpellation formuliert. Unser Anliegen ist es, dem Stadtrat bei diesem Thema den Rücken zu stärken, der Sache Gewicht zu verleihen – und dem Stadtrat gleichzeitig mitzuteilen, dass uns interessiert, was bei diesem Thema läuft und dass wir gerne über die Fortschritte bei diesem Projekt informiert wären. Unsere Fragen sind in diesem Zusammenhang zu sehen. Ich möchte die Fragen nicht einzeln behandeln, sondern die Themen zusammenfassen, welche uns beschäftigen und die wir dem Stadtrat mit auf den Weg geben wollen.

- Zuerst einmal wollen wir wissen, ob der Stadtrat bereits Aussagen dazu machen kann, welches die Ziele sind, die hinter der Ausarbeitung des Konzeptes stehen, respektive ob er eine Stossrichtung für das Konzept vorgegeben hat. Es folgen Fragen dazu, ob das Konzept intern oder mit externer Beteiligung erstellt wird und wie der zeitliche Horizont aussieht.
- Uns ist wichtig, dass Integration als Querschnittsaufgabe gesehen wird. Uns interessiert deshalb, ob die Zusammenarbeit der verschiedenen Stellen in diesem Bereich gefördert wird, so dass Synergien genutzt und Erfahrungen ausgetauscht werden können. Auch der Kontakt mit dem Kanton und Vereinen soll bestmöglich eingesetzt werden. Zum Querschnitt gehört auch die Durchgängigkeit über Lebensalter und soziale Bereiche, die nicht vernachlässigt werden soll. Für uns sollten die Integrationsbemühungen bereits im Vorschulalter beginnen mit Einbezug der Eltern. Denn frühzeitig eingeleitete Massnahmen reduzieren den späteren Aufwand nachhaltig. Zudem neigen frühzeitig intergrierte Kinder zu weniger Gewalt. Unsere Fragen zielen darauf ab, wie der Stadtrat diese Gruppen angehen möchte und wie die gesetzlichen Grundlagen hierbei aussehen.
- Ein Beispiel in diesem Bereich ist der Besuch von geschulten Müttern bei ausländischen Familien, wie dies bereits in Bern und Winterthur praktiziert wird. Wir wollen wissen, ob ein solches Projekt in Dübendorf bereits angedacht wurde und wenn ja, wie viele Familien und welche Gruppen angegangen werden.
- Ein weiteres Projekt, von dem wir wissen, dass es im Kanton Zürich und auch Dübendorf aufgenommen werden soll, sind Integrationsvereinbarungen, bereits seit einiger Zeit aus Basel bekannt. Wann dürfen in Dübendorf erste Aussagen zur Umsetzung erwartet werden und wie viele Fälle werden in Dübendorf mit dieser Methode angegangen?
- Ein letzter Punkt bezieht sich noch einmal direkt auf die Antwort des Stadtrats zum Projekt Antenne Zürcher Oberland. Der Stadtrat spricht bei diesem Projekt von „unbefriedigenden Erfahrungen der Vergangenheit“ – mit dieser Antwort ruft er natürlich weitere Fragen hervor – und deshalb wollen wir wissen, welche Erfahrungen denn genau gemacht wurden.

Ich möchte noch einmal betonen, dass es uns darum geht, das Thema nicht einschlafen zu lassen und der Ausarbeitung des Integrationskonzepts unsere Unterstützung sowie ein paar Inputs aus dem



Rat zukommen zu lassen. Aktive Integration ist auch ein aktiver Beitrag zur Prävention im Bereich der Jugendgewalt. Wir sind gespannt, welche Projekte uns in Dübendorf in Zukunft erwarten – und wie Dübendorf in einer Nachfolgestudie Arend bewertet wird.“

Das Geschäft Nr. 174 / 2008 ist somit zur Beantwortung an den Stadtrat überwiesen.

6. Motion Kurt Berliat (CVP) und zwei Mitunterzeichnende betreffend Ordnungsbussen für Littering / Begründung

Mitunterzeichner Stephan Schneider (CVP) begründet den Vorstoss:

Anhand einer vielbebilderten PowerPoint-Präsentation werden Inhalt und Ziele der Motion nochmals kurz zusammengefasst: Seit einigen Jahren werde die Sauberkeit im öffentlichen Raum von der Bevölkerung und auch vom Gemeinderat beanstandet. Insbesondere die Sauberkeit im Bahnhofgebiet oder an der Glatt-Promenade würden den Ansprüchen der Bevölkerung nicht mehr genügen. Die CVP habe sich am vergangenen Samstag mit ihrer Abfallsammelaktion an der Bahnhofstrasse selber ein Bild über die aktuelle Situation verschaffen können. Für Littering gebe es verschiedene Gründe. Unter anderem würden Bequemlichkeit, mangelnde Verantwortung und schlechte Erziehung dazu führen. Schneider betont, dass die Motionäre der Meinung seien, dass mit dem Verfügen von Geldstrafen und Kontrolle das Littering wirkungsvoll eingedämmt werden könne. „Unbelehrbare sollten für ihr Verhalten sanktioniert werden können“, so Schneider. Selbstverständlich funktioniere das Verhängen von Bussgeld für Littering aber nur, wenn dies eine Massnahme unter anderen sei. Es brauche weitere, begleitende Vorkehrungen, um alle Leute für das Thema zu sensibilisieren. Die Bevölkerung solle schliesslich zur Einsicht gelangen, dass alle von einer sauberen Umwelt profitieren würden. In der Öffentlichkeit, in der Schule und in der Familie müsse Littering und seine negativen Folgen ein Dauerthema werden. Mit einem sauberen öffentlichen Raum werde Dübendorf ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort bleiben.

Diskussion:

Ruedi Herter (FDP) verlangt das Wort:

„Um es vorweg zu nehmen: Die FDP-Fraktion ist mit der Stossrichtung der vorliegenden Motion einverstanden. Trotzdem möchte ich noch ein paar kritische Bemerkungen dazu anbringen. Ich knüpfe an, an meine in der Fragestunde am 7. April 2008 gestellte Frage betreffend Littering. Ich wollte damals wissen, warum die bestehende Polizeiverordnung, die in Artikel 38 Bussen für die Verunreinigung von öffentlichem Grund vorsieht, nicht als Mittel zur Bekämpfung von Littering eingesetzt wird. Der Sicherheitsvorstand antwortete damals, dass die Umsetzung Probleme bereiten würde und dass man auf Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen sei. Wenn jemand erwischt würde, würde gegen den Fehlbaren vorgegangen. Zudem würden mit dem neuen Abfallkonzept Verbesserungen angestrebt. Die vorliegende Motion fordert nun den Stadtrat auf, im Zusammenhang mit diesem Abfallkonzept ein Ordnungsbussenverfahren einzuführen und die hierfür notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. Dazu ist folgendes zu bemerken:

1. Mit unserer Polizeiverordnung, Artikel 38 und den Strafbestimmungen in Artikel 59 sind die gesetzlichen Grundlagen vorhanden, um gegen Abfallsünder vorzugehen.
2. Ob das einfache, anonyme Ordnungsbussenverfahren oder ein ordentliches Verfahren angewendet wird, entscheidet sich daran, ob der Vorstoss eindeutig und unbestritten ist, oder eben abgestritten wird.



Wir brauchen weder neue gesetzliche Grundlagen, noch neue Verordnungen und schon gar keine neuen Konzepte, solange der Wille, die bestehenden Verordnungen durchzusetzen, nicht vorhanden ist. Und ich habe gewisse Zweifel, dass der notwendige Wille tatsächlich da ist; wir können ja nicht von unserer Exekutive die Durchsetzung von etwas fordern, das wir offenbar unseren Kindern im Elternhaus nicht mehr beibringen und auf das wir selbst unsere fehlbaren Miteinwohner nicht ansprechen. Aber vielleicht ändert sich nun alles, vielleicht ist die Zeit jetzt reif und wir gehen das Problem für einmal gemeinsam an. Hoffen kann man ja immer. Entsprechend sind die in der Motion erwähnten begleitenden Massnahmen das Wesentliche, das vorzukehren wäre, um einen Schritt weiter zu kommen. In diesem Sinne sind wir auch für die Überweisung der vorliegenden Motion.“

Daniel Brühwiler (GEU) verlangt das Wort:

Die Stossrichtung der GEU-Fraktion sei derjenigen der FDP-Fraktion sehr ähnlich. Hoffnung habe die GEU vor allem bei den begleitenden Massnahmen. Das Tiefbauamt sei in Sachen Abfall / Littering bereits schon aktiv geworden. „Es ist nicht so, dass der Stadtrat nicht nichts gemacht hat“, stellt Brühwiler klar. Aber man könnte natürlich mehr machen. Skeptisch sei die GEU beim Thema Bussen. Wenn bei jedem, der einen Zigarettenstümmel fallen lässt, ein Polizist hinterher geschickt werden müsste, hätte man irgendwann einmal ein Problem. Die GEU glaube aber nicht, dass das Ordnungsbussenverfahren den gewünschten Erfolg bringe.

Die GEU schlägt den Motionären vor, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln. Der GEU würde ein Postulat in dieser Angelegenheit bevorzugen.

Pia Etter unterstützt namens der SP/JUSO-Fraktion die Motion. Ihre Fraktion setze sich schon seit längerem für ein sauberes Dübendorf ein.

SP-Fraktionsmitglied Patrick Angele hingegen ist anderer Meinung:

Littering sei kein reines Dübendorf-Problem. Dass etwas getan werden müsse, sei aber sonnenklar. In der Stadt Basel würden Abfallsünder seit 2005 gebüsst. Mit 75 ausgestellten Bussen im Jahr 2007 sei der dortige Erfolg aber bescheiden. Auch fehlten in Dübendorf ganz klar die personellen Ressourcen, um jeden, der einen Kaugummi wegwerfe, zu büssen. Angele erachtet Bussen als nicht geeignet. Priorität müsste der Schulung und der Prävention eingeräumt werden.

Andrea Kennel (SP) meldet sich kurz zu Wort. „Das eine tun und das andere nicht lassen.“ In diesem Sinne hoffe sie, dass der Stadtrat alle Vorschläge und Ideen aufnehme und in seiner Antwort an den Gemeinderat entsprechend zusammenfasse.

Namens der Motionäre zeigt sich Stephan Schneider mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden.

Tiefbauvorstand Rolf Güttinger bestätigt die Bereitschaft des Stadtrates, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen. Der Vorstoss renne aber offene Türen ein, da die erwähnten Forderungen bereits schon im neuen Abfallkonzept enthalten seien, dass zum versprochenen Zeitpunkt dem Gemeinderat präsentiert werde.

Die Motion (178 / 2008) ist nun zu einem Postulat umgewandelt worden.

Keine weiteren Wortmeldungen.



Abstimmung:

Für Überweisung des Postulates: 32 Stimmen
Gegen Überweisung des Postulates: 2 Stimmen

Das Postulat (Gesch. Nr. 178 / 2008) ist somit zur Beantwortung an den Stadtrat überwiesen.

7. Erste Fragestunde des Amtsjahres 2008 / 2009

Es sind 12 Fragen eingereicht worden:

Gaby Gossweiler (FDP) betreffend Bike-Patrouille der Stadtpolizei

„Vor gut einem Jahr sind für die Stadtpolizei Bikes und entsprechende Ausrüstungen angeschafft worden. Seit der Medienankündigung dieses Ereignisses ist weder etwas Neues gehört worden noch ist diese Polizeieinheit für viele Stadtbewohner sichtbar geworden.“

Fragen:

1. Wie viele Bike-Patrouilleneinsätze wurden im Jahr 2007 durchgeführt, wie viele bisher im Jahr 2008?
2. Welche Stadtgebiete wurden bisher in welchen Abständen mit der Bike-Patrouille kontrolliert?
3. Welche Erfahrungen konnten gemacht werden?
4. Wie sehen weitere Einsatzmöglichkeiten für die Bike-Patrouille der Stadtpolizei aus?

Sicherheitsvorstand André Ingold antwortet:

Zu 1: Im Jahr 2007 sind 10 Patrouillen-Einsätze à je 4 Stunden geleistet worden. Im laufenden Jahr waren es bisher sechs. Aufgrund der knappen Personalressourcen bei der Stadtpolizei (nach wie vor 2 Stellen Unterbestand) konnten leider noch nicht mehr Einsätze gefahren werden.

Zu 2: In erster Linie wurden das Zentrum und das Glattquai kontrolliert. Ausserdem gab es Patrouillen-Fahrten in die Quartiere Stettbach, Flugfeld, Gfenn und Zwinggarten.

Zu 3: Grundsätzlich wurden positive Erfahrungen gemacht. Der Einsatz ist zudem umweltfreundlich und der Kontakt zur Bevölkerung wird direkter. Die Bike-Patrouille übt ferner auch eine Vorbildfunktion für übrige Velofahrende aus.

Zu 4: Geplant sind vermehrt Quartier-Patrouillen, Kontrollfahrten am Glattquai und in Schulanlagen.



Arthur Gasser (EDU) betreffend Orientierung Anwohner bei Bauarbeiten

„Meine Frau und ich sind Anwohner des Gebäudes Adlerstrasse 12. Am Mittwoch, 27. August 2008, fanden wir in unserem Briefkasten eine Baustelleninformation der Stadt Dübendorf, Abteilung Tiefbau, vor, der zu entnehmen war, dass bereits am nächsten Montag, 1. September 2008 eine Baustelle durch die Firma Secchi Bau AG zwecks Neubaus eines Abwasserkanals im Abschnitt Unterdorfstrasse bis Kapellenweg eröffnet wird; diese werde voraussichtlich bis Ende September 2008 bestehen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass infolge der eng gesteckten Termine, die Möglichkeit besteht, dass das Bauunternehmen längere tägliche Arbeitszeiten und / oder Samstagsarbeit einführen wird. Meines Erachtens ist die Baustelleninformation nur wenige Tage vor Baubeginn, in diesem Fall viel zu spät, erfolgt was ich und wahrscheinlich auch andere Betroffene als unzumutbar spät empfinden.“

Fragen:

1. Liegt in der Abteilung Tiefbau der Stadt Dübendorf eine Anweisung für das Festlegen von Vorlaufzeiten zur Bekanntgabe einer Baustelleninformation an die Betroffenen vor?
2. Wenn nicht, welche Praxis wird gehandhabt?

Tiefbauvorstand Rolf Güttinger antwortet:

Zu 1: Güttinger bedauert, dass in diesem Fall nicht früher informiert werden konnte. Verschiedene Faktoren – unter anderem das Wetter – beeinflussten den Zeitpunkt des Baubeginns und verunmöglichten deshalb eine frühzeitige Information.

Zu 2: Normalerweise werden grössere Baustellen mit zweimaliger Publikation im Glattaler angekündigt.

Stephan Schneider (CVP) betreffend Spitex – Umsetzung der Richtlinien über das Leistungsangebot

„Mit den vom Regierungsrat am 17. Dezember 2007 erlassenen Richtlinien wurde das Spitexangebot entscheidend ausgebaut.“

Fragen:

1. Wie steht es mit der Umsetzung dieser Richtlinien in Dübendorf?
2. Welche personellen Auswirkungen haben diese neuen Richtlinien?
3. Kann man über die Kostenfolgen schon Aussagen machen?
4. Wird das bestehende Personal durch die neuen Richtlinien einer Mehrbelastung ausgesetzt oder konnte der Personalbestand entsprechend erhöht werden?

Sozialvorstand Kurt Spillmann antwortet:

Zu 1: Die Übergangsfrist läuft bis Ende 2009 – vor 2009 sind aber die neuen Richtlinien umgesetzt.



Zu 2: 2 bis 3 Vollzeitstellen.

Zu 3: 80'000 bis 100'000 Franken als gebundene Zusatzkosten im Jahr 2008.

Zu 4: Die Mehrbelastung wird durch neues Personal abgedeckt. Das bestehende Personal muss keine Überzeiten leisten.

Stephan Schneider (CVP) betreffend Bettler am Bahnhof Dübendorf

„Es wird zunehmend festgestellt, dass bei der Bahnhofunterführung Dübendorf Bettler anwesend sind.“

Fragen:

1. Ist Betteln grundsätzlich erlaubt und falls ja, unter welchen Bedingungen?
2. Werden die Bettler, falls nicht ordnungsgemäss „registriert“ von der Polizei weggewiesen und allenfalls gebüsst?
3. Was wird getan, um diesem Treiben Eindämmung zu verhelfen respektive sind präventive Massnahmen geplant?

Sicherheitsvorstand André Ingold antwortet:

Zu 1: Das Betteln auf öffentlichem Grund ist verboten.

Zu 2: Bettler werden weggewiesen und gebüsst.

Zu 3: Wegen den knappen Personalressourcen bei der Stadtpolizei war es bislang nicht möglich, mehr zu tun.

Erika Attinger (GEU) betreffend Mobilfunkantennen

„Zitat Lothar Ziörjen aus der Fragestunde im Gemeinderat vom März 2006: *Am 30. Januar 2006 fand eine Zusammenkunft aller Beteiligten statt, die sich mit den zur Zeit in Dübendorf umstrittenen Antennen-Vorhaben befassen. Es wurde vereinbart, dass über die Probleme ein Gesamtplan (bestehende Antennenstandorte plus Vorschläge für neue) erstellt wird. Danach wird der Stadtrat wieder orientieren.* Es wurde seitens Stadtrat ebenfalls versprochen, dass bei jeder neuen Ausschreibung in der Zeitung steht, in welchem Umkreis man wohnen muss, um einspracheberechtigt zu sein. Diese Perimeterangabe ist vom Gesetzgeber vorgeschrieben, zwar nur in der Aktenanlage, aber den Dübendorfern wurde versprochen, aus Transparenzgründen diese Angaben auch in der Bauausschreibung in der Zeitung zu publizieren. In einem Bundesgerichtsentscheid vom März 2005 ist festgehalten worden, dass die bisherigen behördlichen Kontrollmechanismen hinsichtlich Sendeleistung und Sende-richtung unzureichend sind. Das BAFU hat darum verschiedene Massnahmen angeordnet, welche die Kantone auszuführen haben.“



Fragen:

1. Besteht dieser Gesamtplan schon?
2. Warum wurde diese Vorschrift bei der Ende Juli 2008 erfolgten Ausschreibung für die Antennenanlage auf der Empa nicht eingehalten?
3. Wie stellt der Dübendorfer Stadtrat sicher, dass die auf Gemeindegebiet liegenden Mobilfunkanlagen korrekt kontrolliert werden und die Anwohner über die Messresultate informiert werden?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

- Zu 1: Zuerst musste geprüft werden, ob eine rechtliche Grundlage für einen Gesamtplan besteht. Diese Grundlage ist nicht vorhanden und muss noch geschaffen werden.
- Zu 2: Lothar Ziörjen wird den Sachverhalt bezüglich Empa-Ausschreibung intern abklären müssen und die Frage zu einem späteren Zeitpunkt beantworten.
- Zu 3: Der Stadtrat beauftragt dafür eine akkreditierte Firma, welche solche Prüfungen vornimmt.

Andrea Kennel (SP) betreffend Lärmschutzwall im Gfenn

„Letzten September stellte ich eine Frage bezüglich Lärmschutzwall Gfenn. Wir wurden auf Ende 2007 vertröstet. Im Januar 2008 reichten Gaby Gossweiler und ich eine schriftliche Anfrage ein. Wir wurden wegen des laufenden Verfahrens wieder vertröstet.“

Frage:

Wann dürfen wir mit Antworten rechnen?

Stadtschreiber Rolf Butz verspricht, dass die Antwort in der ersten Hälfte Oktober vorliegen wird.

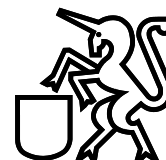
Ordnungsantrag Anton Keller (SVP):

Anton Keller gibt seinen Missmut darüber Ausdruck, dass sich bereits schon zum wiederholten Mal ein Mitglied der Verwaltung unaufgefordert zu Wort gemeldet hat. Er bittet das Büro des Gemeinderates, in dieser Angelegenheit zu intervenieren.

Die Ratspräsidentin nimmt namens des Büros den Antrag von Anton Keller entgegen.

Max Senn (SP) betreffend Flugplatz Dübendorf

„Bekanntlich bleibt der Betrieb des Militärflugplatzes Dübendorf als Helikopter- und Lufttransportbasis bis 2010 – mit Option bis 2014 aufrechterhalten. Im März dieses Jahres hat der Regierungsrat des Kantons Zürich dem VBS mitgeteilt, dass er erwartet, dass die Option verwirklicht wird.“



Fragen:

1. Ist dem Stadtrat bekannt, ob in diesem Zusammenhang Investitionen bei der Infrastruktur geplant sind?
2. Wenn ja, werden damit allenfalls Investitionen getätigt, die einer definitiven Einstellung des Flugbetriebs entgegenstehen oder ein zivil-aviatischen Nutzung Vorschub leisten?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

Zu 1: Dem Stadtrat ist bekannt, dass laufend Investitionen getätigt werden.

Zu 2: Der Stadtrat weiss hingegen nicht, ob diese Investitionen im Zusammenhang mit dem Flugbetrieb stehen. Ferner ist dem Stadtrat auch nicht bekannt, inwiefern Sanierungsmassnahmen geplant sind.

Max Senn (SP) betreffend Erziehung

„Gemäss einem im Internet vorhandenen Projekt sollen neuerdings in Dübendorf im Chindsgi ausländische Eltern mehr einbezogen werden, um den Kindern einen guten Start zu ermöglichen.“

Frage:

Ist auch gedacht, dass Konfliktlösungen behandelt werden und auch Schweizer Eltern im gleichen Mass miteinbezogen werden?

Bildungsvorständin Edith Jöhr antwortet:

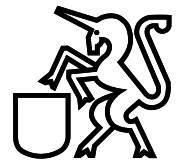
Das Projekt hat Versuchscharakter. Tatsache ist, dass 55 Prozent aller in den Kindergarten eingetretenen Kinder fremdsprachig sind. Ziel ist, dass die Mütter dieser Kinder möglichst frühzeitig erreicht werden. Einmal wöchentlich findet für Mütter ein Deutschkurs statt, der sich grosser Nachfrage erfreut. CH-Eltern werden nicht in dieses Projekt miteinbezogen. Allfällige Konfliktsituationen werden weiterhin an Elternabenden behandelt.

Patrick Angele (JUSO / SP) betreffend Bahnhofstrasse

„In der Nacht verwandelt sich die Bahnhofstrasse in ein aktives öffentliches Gebiet. Neben der Attraktivitätssteigerung und der Belebung hat dies auch Schattenseiten wie Lärm, Schmutz und nächtliche Autorennen.“

Fragen:

1. Sieht der Stadtrat Handlungsbedarf?
2. Wenn ja, was gedenkt er zu tun?
3. Was unternimmt die Stadt gegen die nächtlichen Autorennen?



Sicherheitsvorstand André Ingold antwortet:

Zu 1: Der Stadtrat sieht ganz klar Handlungsbedarf.

Zu 2/3: Es werden vermehrt Kontrollen stattfinden.

Patrick Angele (JUSO / SP) betreffend Fussweg Bahnhof Stettbach – Weiler Stettbach

„Der Bahnhof Stettbach wird völlig neu gebaut. Dabei ist auch die Verlegung des Sagentobelbaches geplant.“

Fragen:

1. Wird im Zuge der Erneuerungen des Gebietes, insbesondere bei der Verlegung des Baches, ein Fussweg vom Bahnhof in den Weiler realisiert?
2. Wenn nein, weshalb nicht?

Tiefbauvorstand Rolf Güttinger bejaht die erste Frage.

Hans Baumann (SP) betreffend Krankenhaus Rotacher

„Seit 2006 hat das Krankenhaus Rotacher erhebliche Personalprobleme, die in Zusammenhang mit der Anstellung des damals neuen Direktors, Reto Lay, standen. Dies veranlasste mich 2006 zu einer schriftlichen Anfrage. Inzwischen ist aus den Jahresrechnungen 2006 und 2007 ersichtlich, dass die vielen Personalmutationen zu massiv steigenden Personalkosten geführt haben. Reto Lay wurde im Juli 2008, nachdem er für sieben Monate krank gemeldet war, vom Verwaltungsrat entlassen.“

Fragen:

1. Ist die Stadt Dübendorf noch im Verwaltungsrat des Krankenhauses vertreten und wenn ja, durch wen?
2. Warum hat der Verwaltungsrat auf die diversen Warnsignale nicht früher reagiert und eingegriffen?
3. Besteht jetzt die Chance, dass sich die Situation mit einer neuen Führungsstruktur verbessert?
4. Der Stadtrat hat einen eventuellen Austritt oder Teilaustritt aus dem Zweckverband Rotacher angekündigt: Wie ist hier der Stand?

Sozialvorstand Kurt Spillmann antwortet:

Zu 1: Dübendorf ist im Verwaltungsrat durch Kurt Spillmann vertreten.

Zu 2: Der Verwaltungsrat hat diesen Entscheid zum richtigen Zeitpunkt gefällt. Aufgrund der erwähnten Krankheitsabsenz konnte man sich aber nicht früher vom Geschäftsleiter trennen.



Zu 3: Eine Chance besteht immer.

Zu 4: Der Stadtrat hat den Austritt bereits angekündigt. Die bisherigen Plätze für Dübendorf wird man inskünftig mittels Anschlussvertrag einkaufen. Die dafür notwendige Statutenänderung ist an der Delegiertenversammlung von Ende September 2008 traktandiert.

Anton Keller (SVP) betreffend Aufräumarbeiten in Büros der Stadtverwaltung

„Über verschiedene Kanäle wurde bekannt, dass in der Ferienabwesenheit des Stadtschreibers sein Büro während mehreren Tagen von einer auswärtigen Firma aufgeräumt und neu organisiert worden sei. Ich bitte den zuständigen Stadtrat um eine Beantwortung folgender Fragen.“

Fragen:

1. Entsprechen diese Gerüchte den Tatsachen und wenn ja, ist der Stadtschreiber persönlich der Auftraggeber für diese Arbeiten und ist er demzufolge auch persönlich für die Begleichung der entstandenen Kosten verantwortlich?
2. Ist diese Aktion ein Einzelfall und hat nur das Büro des Stadtschreibers betroffen oder wird dies zukünftig auch bei anderen Kadermitgliedern der Stadtverwaltung durchgeführt? Wenn ja, ab welcher Führungsstufe?
3. Wer hat diese Arbeiten bewilligt und wie hoch waren die Kosten für diese Aktion? Wo sind diese budgetiert beziehungsweise über welches Konto werden diese abgerechnet?

Stadtpräsidentin Lothar Ziörjen antwortet:

Zu 1: Durch die verschiedenen Änderungen im Stadthaus sind auch viele Aktenberge entstanden, welche man archivieren muss. Über längere Zeit sind diese Arbeiten nicht gemacht worden. Nun müssen sie nachgeholt werden. Weil es an den nötigen Ressourcen fehlt, können diese Arbeiten momentan aber nicht mit eigenem Personal getätigt werden.

Zu 2: Weitere Bereiche müssen zuerst noch angeschaut werden.

Zu 3: Die Kosten dafür betragen 7000 Franken und werden von der Stadt bezahlt. Die Auftragserteilung lag im Kompetenzbereich des Stadtschreibers.

8. 3 Bürgerrechtsgesuche

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Sie gibt zu den einzelnen Gesuchen ihre Empfehlungen ab.

Der Gemeinderat fasst,

gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden



Beschlüsse:

Geschäft Nr. 128 / 2007

Mihajlovic Velimir und die Kinder Sandra sowie Krstina, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft Wangenstrasse 38, Dübendorf.

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'900.—
Antrag BRK:	Zustimmung 4 zu 0
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	23 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	5 Stimmen

Geschäft Nr. 129 / 2007

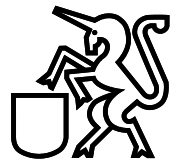
Nasufi Nuhi und die Kinder Kesian, Era sowie Sejdin, mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft Überlandstrasse 211, Dübendorf.

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'900.—
Antrag BRK:	Zustimmung 4 zu 0
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	23 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	4 Stimmen

Geschäft Nr. 130 / 2007

Papic Fabijan, kroatischer Staatsangehöriger, wohnhaft Zürichstrasse 69, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'900.—
Antrag BRK:	Zustimmung 4 zu 0
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	23 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	4 Stimmen



Einwände

Keine Einwände gegen die Geschäftsführung.

Schluss der Sitzung: 20.50 Uhr

Für die Richtigkeit

Der Sekretär:

T. Spitale

Eingesehen und für richtig befunden

Andrea Kuhn-Senn, Ratspräsidentin:

Patric Crivelli, Stimmzähler

Jürg Zimmermann, Stimmzähler

Stefanie Huber, Stimmzählerin